

- | | |
|--|--|
| 4 Syrien: Adopt a revolution – zivile Selbstorganisation | 16 Wanderweg: Die Appenzeller Friedens-Stationen |
| 8 Sea-Watch: Chronik der Flüchtlingsrettung im Meer | 20 Nachrufe: Frieda Weber, Paul Rutishauser |
| 12 Ursula Brunner: Pionierin des fairen Handels | 22 Chemiewaffen: Verbot auf dem Prüfstand |
| 14 Zivildienst: 20 Jahre-Jubiläum in Geschichten | 26 Rezension: Die Schweiz im Kalten Krieg |

Zurück zur Verhandlungspolitik mit Nordkorea!

Nordkorea: Atomeskalation

Am 21. Mai 2017, dem Tag vor Redaktionsschluss für diesen Artikel, zündete Nordkorea unter Verstoß gegen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates einmal mehr eine ballistische Rakete. Sie stürzte nach etwa 500 Kilometer Flug in die internationalen Gewässer im japanischen Meer. Der erneute Raketentest war möglicherweise eine Reaktion auf die wenige Tage zuvor erfolgte Entsendung eines zweiten Flugzeugträgers der USA in die Gewässer nahe der koreanischen Halbinsel. Diese Entsendung hatte die Regierung in Washington ihrerseits gerechtfertigt als Antwort auf einen am 14. Mai erfolgten Raketentest Nordkoreas.

/ Andreas Zumach /

Höchstwahrscheinlich erfolgte der Raketentest vom 21. Mai nicht zufällig just an dem Tag, als US-Präsident Donald Trump beim ersten Auslandsbesuch seiner Amtszeit die wahhabitische Königshausdiktatur in Saudiarabien hofierte, das grösste Rüstungsgeschäft in der Geschichte der USA unterschrieb und die Saudis in ihrer feindseligen Haltung gegen «den gemeinsamen Feind Iran» bestärkte. Mit dieser Rhetorik kehrt die Trump-Administration nach der auf Deeskalation und Verständigung mit Teheran ausgerichteten

Politik der zweiten Obama-Administration (2013–2016) zurück zu der aggressiven Haltung, mit der Obamas Vorgänger George Bush im Januar 2002 auch den Keim gelegt hatte für den seitdem ständig eskalierenden Nordkoreakonflikt.

Gekündete Nichtangriffsgarantie

In seiner Rede an die Nation vom 20. Januar 2002 erklärte Bush damals zur Überraschung vieler internationaler und US-amerikanischer Beobachter die drei Staaten Iran, Irak und Nordkorea zur «Achse des Bösen» in der Welt. Bush reklamierte für die USA das Recht auf «präventive» Militärschläge gegen diese drei «bösen» Staaten und beauftragte das Pentagon mit der Ausarbeitung entsprechender Angriffsszenarien – inklusive des Einsatzes atomarer Waffen. Mit dieser Rede kündigte Bush nicht nur in der Wahrnehmung des Regimes in Pjöngjang, sondern auch vieler anderer Re-

gierungen die Nichtangriffsgarantie auf, die sein Vorgänger Bill Clinton dem Regime in Pjöngjang in einem im Oktober 1994 in Genf vereinbarten Abkommen gegeben hatte. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff gegen den Irak im Jahr 2003 unterstrich die US-Regierung, dass Bushs Drohung ernst gemeint war.

Die Nichtangriffsgarantie der Clinton-Administration war enthalten in einem damals zunächst geheim gehaltenen Zusatzprotokoll zu einem Abkommen zwischen Nordkorea und den USA. Im öffentlichen Teil des Abkommens wurde Nordkorea die Lieferung von verbilligten Nahrungsmitteln und Öl sowie von Leichtwasserreaktoren zur Energieversorgung, die nicht zu militärischen Zwecken nutzbar sind, zugesagt. Diese Reaktoren sollten von einem japanisch-südkoreanischen Firmenkonsortium geliefert und in Nordkorea betriebsbereit installiert werden.

Die «Achse des Bösen»

Für das Regime in Pjöngjang war die Nichtangriffsgarantie der USA damals sicher der wichtigste Teil des Abkommens. Im Gegenzug verpflichtete sich Pjöngjang zur Einstellung seines militärischen Atomprogramms und zur Einhaltung aller seiner Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag NPT.



Fortsetzung Seite 2